
FORUM: Ökonomische oder ökologische Erneuerung?

Eberhard Schmidt: Gegen den Strom - Anmerkungen zur gewerkschaftlichen Ökologiedebatte

Prof. Dr. Eberhard Schmidt, geb. 1939 in Berlin, lehrt Politikwissenschaft an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.

„Ihr Arbeiter werdet einst auf eigenen Wagen fahren, auf eigenen Schiffen die Meere touristisch durchkreuzen, in Alpenregionen klettern und Schönheitstrunken durch die Gefilde des Südens, der Tropen schweifen oder Ihr saust mit Eurem Luftgespann über Erden im Wettflug mit Wolken, Winden und Stürmen dahin. Nichts wird Euch mangeln. Keine irdische Pracht gibt es, die Euer Auge nicht schaut. Fragt Ihr aber, wer Euch solches bringen wird? Nur einzig und allein der sozialdemokratische Zukunftstaat.“

Was da am Vorabend des 1. Weltkriegs in der Hannoverschen Mai-Festzeitung der SPD zu lesen stand, hat sich im großen und ganzen durchaus als zutreffende Prognose erwiesen. Gut zwei Generationen später gerät allerdings deutlicher ins Blickfeld, womit dieser „Fortschritt“ erkaufte worden ist. Die weit vorangetriebene Zerstörung der natürlichen Umwelt und die gesundheitsbedrohende Vergiftung von Böden, Luft und Wasser haben das Vergnügen oftmals schal werden lassen.

Mit dem Strom

Vor diesem Hintergrund mehren sich auch die gewerkschaftlichen Versuche, dem Dilemma zu entkommen, daß wachsender materieller Wohlstand mit zunehmender Belastung der alltäglichen Lebenswelt erkaufte wird (von dem explosiven Potential der Nord-Süd-Umweltbeziehungen ganz zu schweigen). Konzepte zur Versöhnung von Ökologie und Ökonomie werden entworfen, Kampagnen beschlossen, Aktionen eingeleitet. Die Stichworte dafür lauten: „Ökologische Erneuerung“, „Ökologisch-soziale Marktwirtschaft“, „Ökologische Umgestaltung der Produktion“ oder dergleichen. Wenn sich dahinter nicht nur ein Weitermachen wie bisher, garniert mit modischem Öko-Label, verbergen soll, also ein groß angelegter Etikettenschwindel, dann muß es sich um mehr handeln als um eine Modernisierungsstrategie, dann ist ein Bruch mit zentralen Traditionsbeständen der industriellen Arbeiterbewegung gefordert.

Das gemeinsame Interesse an der Ausbeutung der Natur hat trotz aller Kämpfe um die Verteilung des erzielten Reichtums seit mehr als 150 Jahren das Produktivitätsbündnis zwischen Arbeitern und Unternehmern stabil gehalten, und Branchenkoalitionen zu Lasten der Natur und der übrigen Gesellschaft gibt es bis heute. Der frühe Jubel des populären sozialdemokratischen Philosophen Josef Dietzgen darüber, daß die „Natur gratis dasei“ verträgt sich aufs beste mit der verbreiteten ökonomischen Theorie von den

freien Gütern, die die Externalisierung der bei ihrer Nutzung entstehenden Folgekosten legitimiert - mit den bekannten nachteiligen Konsequenzen für die natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu paßte immer auch der vorherrschende Begriff von Arbeit „als Quelle allen Reichtums und aller Kultur“, wie es im berühmten Gothaer Programm der Sozialdemokratie hieß. Von der Produktivität der Natur war nie die Rede. Die technisch immer weiter zu vervollkommnende Arbeit allein bildete die Grundlage der Heilsverheißung des eingangs beschriebenen irdischen Paradieses.

Walter Benjamin hat der Arbeiterbewegung früh vorgeworfen, in diesen ökonomischen Vorstellungen hege der Keim ihres Scheiterns. „Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom. Die technische Entwicklung galt ihr als das Gefälle des Stromes, mit dem sie zu schwimmen meinte. Von da an war es nur ein Schritt zu der Illusion, die Fabrikarbeit, die im Zuge des technischen Fortschritts gelegen sei, stelle eine politische Leistung dar.“¹

Später haben zwei andere Autoren den Befund noch drastischer formuliert: „Die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität“, schrieben Adorno und Horkheimer 1944 in der *Dialektik der Aufklärung*, „die einerseits die Bedingungen für eine gerechtere Welt herstellt, verleiht andererseits dem technischen Apparat und den sozialen Gruppen, die über ihn verfügen, eine unmäßige Überlegenheit über den Rest der Bevölkerung. Der einzelne wird gegenüber den ökonomischen Mächten vollends annulliert. Dabei treiben diese die Gewalt der Gesellschaft über die Natur auf nie geahnte Höhe. Während der einzelne vor dem Apparat verschwindet, den er bedient, wird er von diesem besser als je versorgt. [...] Jeder Versuch, den Naturzwang zu brechen, in dem Natur gebrochen wird, gerät um so tiefer in den Naturzwang hinein.“²

Können sich die Organisationen der Arbeiterbewegung von der gewaltigen Hypothek, die da mitgeschleppt wird, überhaupt befreien? Sich zu lösen aus der ökonomischen Logik des „Immer-mehr“, die den Wachstumsmotor der Wirtschaft antreibt, bedeutet ja nicht nur, mit eingeübten Ideologien und Traditionen zu brechen, sondern auch zentrale Handlungsfelder preiszugeben oder doch in ihrer Bedeutung zu relativieren. Kann als Antrieb des unternehmerischen Handelns Gewinnstreben gelten - oder in moralischer Terminologie gesprochen: Habgier -, entsprach dem als Triebfeder auf der Seite der Arbeiter die Überwindung von Not und Elend. Habgier und Not, diese apokalyptischen Reiter beherrschen aber auch heute noch weitgehend das Feld in Nord und Süd, auch wenn sie sich im Norden zivilisierter gebärden und einiges an Schrecken eingeübt zu haben scheinen.

1 Walter Benjamin, *Gesammelte Schriften*, Bd. I, zit. nach: Peter Cornelius Mayer-Tasch, *Natur denken*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1991, S. 196 f.

2 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt 1947, zit. nach P. C. Mayer-Tasch, a. a. O., S. 206 f.

Versöhnung von Ökologie und Ökonomie?

Konzepte ökologischer Erneuerung, die diesen Namen verdienen, wären also daraufhin zu prüfen, ob sie den Bruch mit einer Rationalität vollziehen, die bei der Vernutzung von Natur prinzipiell keine Grenzen kennt, sie sich allenfalls zwangsweise von außen diktieren läßt, wenn Widerstand dagegen mehr Kosten als Nutzen bringt, also die Rendite in Gefahr gerät.

Aussagen wie die des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe, der sich gegen alle Tendenzen zum „Ausstieg aus der Industriegesellschaft“ energisch zur Wehr setzen will, und denen einen „unerbittlichen Kampf“ ansagt, „Seite an Seite mit den Unternehmern, die gegen die Chemie in der Gesellschaft vorgehen“,³ geben da eher zu denken. Auf dem letzten DGB-Kongreß, im Mai 1990, war es, anlässlich der vielbeachteten Kontroverse um den umweltpolitischen Leitanspruch des DGB, der Vertreter der IG Chemie, ihr stellvertretender Vorsitzender Wolfgang Schultze, der unter anderem jene Passagen gestrichen wissen wollte, die „die ‚Normalität‘ des tagtäglich genehmigten Zerstörungsprozesses“ anprangerten. Statt dessen müsse die „relative Konkurrenzfähigkeit (unserer) Industrie gewährt“ bleiben.⁴

Oder wie steht es mit dem IG-Metall-Konzept: „Auto, Umwelt und Verkehr - Umsteuern, bevor es zu spät ist!“,⁵ das die Gewerkschaft als Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses mit den Betriebsräten der Automobilindustrie im November 1990 vorgelegt hat? Ein näherer Blick auf die „10 Vorschläge und Forderungen der IG Metall für ein humanes, umweltverträgliches und effizientes Verkehrssystem“ macht deutlich, daß es im wesentlichen um Verbesserungen bei der Herstellung und Nutzung des Autos geht, um Abgasminderung, sparsameren Energieverbrauch oder den Verzicht auf toxische Chemikalien im Herstellungsprozeß. Eine drastische Reduzierung der Automobilproduktion ist nicht anvisiert, allenfalls eine gewisse Verlagerung des Transports auf andere umweltverträglichere Verkehrsmittel. Von einer ökologischen Erneuerung des Verkehrssystems, die ohne Verzicht auf Straßenausbau, nachdrückliche Verkehrsberuhigung und vor allem Verkehrsvermeidung zu haben ist, also eine Veränderung des Mobilitätsverhaltens der Gesellschaft einleitet („Entschleunigung“ - Otto Ullrich), ist das noch weit entfernt. Die zentrale Orientierung lautet nach wie vor: „Wir wollen, daß die Arbeitsplätze in der Automobil- und Zulieferindustrie durch beschleunigte Produktinnovation gesichert und notwendige Umstrukturierungen mit Beschäftigungsperspektiven und -alternativen verbunden werden.“⁶

Die deutschen Gewerkschaften haben zweifellos in den letzten Jahren beachtliche Anstrengungen unternommen, die ökologische Herausforderung ernst zu nehmen und mit der Rationalität des eigenen Handelns, die als Inter-

3 Arbeit & Ökologie-Briefe, Frankfurt/M., Nr. 15/1991, S. 3.

4 Ökologische Briefe, Frankfurt/M., Nr. 17/1991, S. 4.

5 Schriftenreihe der IG Metall, Frankfurt/M., o. J., Nr. 122.

6 a. a. O., S. 5.

essenvertretung von Arbeitnehmern unter Bedingungen einer Konkurrenz-wirtschaft zu definieren ist, zu vermitteln. Dabei legen sie zu Recht großen Wert auf die Ausweitung von Partizipationschancen, ohne die eine ökologische Umgestaltung des Produktions- und Dienstleistungssektors nicht zu denken ist. Denn nur, wenn es gelingt, die innovativen und an der Verbesserung von Umweltqualität interessierten Potenzen der Arbeitnehmerschaft auf breiter Ebene zu mobilisieren, kann ein solches Werk gelingen. Aber es kann auch keinen Zweifel geben, daß bisher nur erste tastende Schritte in Richtung einer ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft gegangen worden sind und weitere folgen müssen, die auf empfindlichere Nahtstellen des Produktionsprozesses und der Produktkonzeption treffen werden.

Die organisierten Arbeitnehmer, eine repräsentative Umfrage des DGB-Bezirks Bayern⁷ hat das erst kürzlich gezeigt, erwarten inzwischen von ihren Gewerkschaften ein verstärktes Handeln in diesem Bereich. Mehr als zwei Drittel fordern ein deutlicheres Umwelt-Engagement der Gewerkschaften (eine Ziffer, die 1987 noch bei unter 50 Prozent lag), und diese Zahl steigt bei den qualifizierteren und beruflich besser positionierten Mitgliedern. Natürlich bedeutet das noch nicht, daß hier schon die Zustimmung zu wirklich durchschlagenden Maßnahmen vorhanden ist, aber es läßt sich doch absehen, daß bloß verbale Bekundungen ökologischer Umsteuerungsbereitschaft in der Zukunft nicht mehr ohne weiteres verfangen werden. Die ökologische Zukunftsdebatte der Gewerkschaften wird sich messen lassen müssen an der Nachhaltigkeit der Argumentation, an der Bereitschaft zur Infragestellung selbstverständlich gewordener Positionen.

„Wir haben in der Beschlußfassung der letzten Jahre vielleicht zu viel noch Unvereinbares nebeneinander beschlossen und uns vor wirklichen Auseinandersetzungen gescheut. Aber schöne Grundsätze allein reichen nicht. Es muß deutlich werden, daß wir sowohl die sozialen wie die ökologischen Fragen in unserer Arbeit aufgreifen. Ich will die umweltpolitische Debatte im DGB und zwischen seinen Gewerkschaften so weiterführen, daß Widersprüche ebenso deutlich werden wie Ansatzpunkte für ein ökologisches Handeln, das diesen Namen verdient.“⁸ Selbstkritische Worte wie diese des DGB-Vorsitzenden Heinz-Werner Meyer vor dem Hattinger Forum 1990 helfen bei dieser Aufgabe sicherlich mehr, als allzu griffige Formeln, die die tatsächlichen Gegensätze eher verschleiern.

7 Vgl. Horst Becker, Arbeitnehmer in Bayern, Kommentar zu den Untersuchungsergebnissen, München 1990, S.60ff.

8 Heinz-Werner Meyer, Gewerkschaftliche Perspektiven in den 90er Jahren, Rede auf dem Hattinger Forum „Jenseits der Beschlußlage“, in: Die Mitbestimmung 1/1991, Beilage S. 5.